



## Presseschau vom 02.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

*Alexei Sensinow: **An der Schwelle zu einer neuen Welt – wagen wir den ersten Schritt?***  
Wahnsinn und Scham – zwei Ausdrücke für das, was heute in jenem Teil der Welt geäußert wird, wo man sich – und nur sich selbst – als zivilisiert, fortschrittlich, demokratisch, als den einzigen Verteidiger von Rechten und Freiheiten betrachtet. Wahnsinn und Scham. Unter diesem Bann werden die Balalaika und Tschaikowski neuerdings verflucht. ...

<https://kurz.rt.com/2xt7> bzw. [hier](#)

*Dagmar Henn: **Der Brand, der die Welt bedroht, wurde in Odessa gelegt***

Vor acht Jahren setzte ein nazistischer Mob das Gewerkschaftshaus von Odessa in Brand und ermordete vor laufenden Kameras Dutzende von Menschen, die in unseren Medien nur anonym "Pro-Russen" genannt werden. Was heute in der Ukraine geschieht, ist die Folge dieses Verbrechens und des Umgangs mit diesem Fanal. ...

<https://kurz.rt.com/2y2z> bzw. [hier](#)

*Jewgeni Norin: **Transnistrien: Der brutale Präzedenzfall eines postsowjetischen Krieges – 20 Jahre vor der Ukraine***

Die aktuelle Krise in der Ukraine, in der Russland die Rebellenrepubliken im Donbass anerkannt hat, sieht auf den ersten Blick außergewöhnlich aus. Aber innerhalb des postsowjetischen Raums ist dieser Konflikt nichts Neues. Der Aufstand in der abtrünnigen Region von Transnistrien war ein Lehrstück über menschliche Dummheit und Idealismus. ...

<https://kurz.rt.com/2xuv> bzw. [hier](#)

*Eva Bartlett: **Was ich bei dem angeblichen "Massengrab" in der Nähe von Mariupol vorgefunden habe***

Laut jüngsten westlichen Medienberichten haben russische Streitkräfte bis zu 9.000 Zivilisten aus Mariupol in "Massengräbern" westlich der ukrainischen Stadt verscharrt. Ein Blick aus erster Hand auf den Ort, an dem laut Kiew Tausende von Leichen liegen sollen. ...

<https://kurz.rt.com/2y36> bzw. [hier](#)

*Rainer Rupp: **"Ball absurd" für die Ukraine – Der Tanz am Abgrund***

Der Bundespresseball tanzt für die Ukraine, während dort immer mehr Menschen für die Ziele von USA samt NATO verheizt werden. Washington ist an einem möglichst lange dauernden Krieg in der Ukraine interessiert. Und die deutsche Bundesregierung ist voll dabei und sogar bereit, ein bisschen Atomkrieg zu wagen. ...

<https://kurz.rt.com/2y4r> bzw. [hier](#)

*Gert Ewen Ungar: **Westliche Sanktionen, die Moskauer Antwort und der Umbau der russischen Wirtschaft***

Elwira Nabiullina ist die Leiterin der russischen Zentralbank. Am 21. April legte sie ihren Rechenschaftsbericht vor. Die russische Geldpolitik reagiert klug auf die westlichen Sanktionen. Die russische Wirtschaft und der Bankensektor blieben bisher stabil. ...

<https://kurz.rt.com/2y4v#> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

18:00 de.rt.com: **Die Zahl der aus Asow-Stahl evakuierten Zivilisten steigt auf 80**

Das russische Verteidigungsministerium hat die aktuelle Zahl der aus dem "Asowstal"-Werk evakuierten Zivilisten auf 80 nach oben korrigiert. Zuvor war von 46 geretteten Menschen berichtet worden, die den Bunker des Werkes verlassen konnten.

Nach Angaben des Ministeriums wurden alle freigelassenen Zivilisten nach Bezymennoje in der Volksrepublik Donezk evakuiert, wo sie Verpflegung, eine Übernachtungsmöglichkeit und die notwendige medizinische Versorgung erhielten. Zivilisten, die in die von Kiew kontrollierten Gebiete ausreisen wollten, wurden Vertretern der UN und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz übergeben.

Die geretteten Menschen berichten über Einschüchterungen vonseiten des ukrainischen Militärs. "Wir blieben da nicht freiwillig", sagte eine Einwohnerin gegenüber RIA Nowosti. "Wir haben versucht, zwei oder drei Mal noch vor Beginn des starken Beschusses rauszukommen, aber sie haben uns zurückgeschickt und nicht freigelassen."

Eine andere Zeugin berichtete der Agentur, dass die ukrainischen Soldaten laut ihren Schilderungen in Wohnungen der Zivilbevölkerung eingebrochen wären. Sie hätten auch Einwohner Mariupols für angebliche prorussische Ansichten gerügt.

20:45 de.rt.com: "In unserem Keller starben fünf Menschen" – Augenzeugin erzählt, wie Asow-Truppen die Einwohner Mariupols aus ihren Häusern vertrieben

In einem [RT-Video](#) spricht eine Einwohnerin über "Verteidigungsmethoden" des ukrainischen Militärs bei den Kämpfen um Mariupol. Soldaten hätten Menschen eines mehrstöckigen Hauses aus ihren Wohnungen vertrieben, um dort Feuerstellungen einzurichten.

Im Lagerraum eines Lebensmittelgeschäfts eingepfercht mussten die Menschen viele Tage ausharren, fünf alte und kranke Personen starben ohne ihre Medikamente. Als Soldaten aus dieser Wohngegend wegzogen, haben sie ihr Haus beschossen und in Brand gesteckt. Derweil finden Demonstrationen in vielen Städten der Welt zur Unterstützung der Asow-Truppen statt. Die nationalistische Miliz wird auf Plakaten als Verteidigerin Mariupols gepriesen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626ed983b480cc2bf251414e.jpg>

21:05 de.rt.com: **US-Tageszeitung: Europa hat nicht genug Alternativen zum russischen Gas**

Anstatt Öl und Erdgas aus Russland zu kaufen – wo die Produktionskosten sehr niedrig und der Pipeline-Transport billig sind – will sich Europa nun aufgrund der selbst verhängten

Sanktionen gegen Moskau teureren Alternativen wie der LNG-Lieferung aus den Vereinigten Staaten zuwenden.

Laut einem Artikel der US-Zeitung [Washington Post](#) haben die europäischen Länder nicht genügend Alternativen, um russische Erdgaslieferungen zu ersetzen und dadurch ernsthafte wirtschaftliche Probleme in dem kommenden Winter abzuwenden:

"In fast jedem Szenario werden die nächsten 18 Monate eine schwere Zeit für Europa sein, da sich die Auswirkungen der hohen Preise auf der ganzen Welt ausbreiten und die Regierungen damit kämpfen müssen, ihre Fabriken mit Strom zu versorgen, ihre Häuser zu heizen und ihre Elektrizitätswerke am Laufen zu halten. Es gibt kurzfristig nicht genügend Alternativen, um im kommenden Winter große wirtschaftliche Probleme zu vermeiden, falls Russland die Gasversorgung einstellt."

"Dies ist ein sehr gefährliches Spiel, das sich gerade abspielt", zitierte die Washington Post Edward Chow, einen Wissenschaftler für Energiesicherheit am Center for Strategic and International Studies. "Ich weiß nicht, wie das enden soll. Es fühlt sich an, als würde es sowohl für Westeuropa als auch für Russland an einem sehr schlechten Punkt enden."

"Deutschland, der Wirtschaftsmotor Europas, ist derzeit besonders unvorbereitet", so das Blatt. Vor Beginn der russischen Militär-Sonderoperation in der Ukraine bezog das Land fast die Hälfte seines Erdgases aus Russland. Die Washington Post berichtete, dass Italien versuche, Abkommen mit einer Reihe afrikanischer Staaten abzuschließen, in der Hoffnung, bis zum Frühjahr 2024 die russischen Energielieferungen zu stoppen.

Im Vergleich zu anderen Alternativen seien russische Energieträger für Europa relativ günstig, heißt es in der US-Zeitung. "Anstatt Öl und Erdgas aus Russland zu kaufen – wo die Produktionskosten sehr niedrig und der Pipeline-Transport billig sind – muss Europa sich umgehend teureren Alternativen (zur Gaslieferung) wie durch die Vereinigten Staaten zuwenden, wo es bis vor sieben Jahren überhaupt keine Einrichtungen für einen Gasexport gab." Darüber hinaus ist es laut der Washington Post unwahrscheinlich, dass die europäischen Länder ihre Gasimporte kurzfristig diversifizierten.

Laut Experten, die von der Washington Post zitiert werden, wären Deutschland, dessen Gasspeicher nur zu 33,5 Prozent gefüllt sind, Italien (35 Prozent) und Ungarn (mit nur 19,4 Prozent) die am stärksten von einem Stopp der russischen Gaslieferungen betroffenen Länder.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626e7f2548fbef5065686ab3.jpg>

### 21:45 de.rt.com: **Gründer der Asow-Bewegung Andrej Bilezki zeigt Video mit Evakuierung der Zivilisten aus zerbombtem Asowstal-Gelände**

Am Vortag wurden mehrere Dutzend Zivilisten aus den Bombenkellern des Asowstal-Geländes evakuiert. Der Gründer der nationalistischen Miliz "Asow-Regiment" Andrej Bilezki hat auf seinem Telegram-Kanal ein Video veröffentlicht, das im Detail zeigt, wie die Evakuierung vonstatten ging.

Im Video helfen ukrainische Soldaten mit blauen Armbinden den Menschen aus den unteren Ebenen eines zerbombten Gebäudes herauszuklettern. Die Menschen setzen sich in einen Bus und werden durchs zerstörte Werkgelände gefahren zu einer Stelle, wo sie von UN-Mitarbeitern und Angehörigen des Internationalen Roten Kreuzes empfangen werden. Bilezki betont, dass die Operation zur Rettung von Zivilisten "unter anderem durch wichtige Bemühungen des 'Asow-Regiments'" ermöglicht wurde. Er weist darauf hin, dass nun auch alle eingekesselten Kämpfer evakuiert werden müssten:

"Aber es ist noch lange nicht vorbei. Es ist notwendig, alle aus 'Azowstal' zu evakuieren: sowohl Zivilisten als auch Verwundete und Militärs!"

Mehrere aus dem Werkgelände evakuierte Zivilisten, mit denen russische Medien sprechen konnten, erzählten, dass ukrainische Soldaten ihnen Informationen über mehrfach vereinbarte Fluchtkorridore vorenthielten und sie am Verlassen der Keller hinderten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626ef882b480cc23f7419869.PNG>

### 22:00 de.rt.com: **Lugansker Volksmiliz: 40 gefangene Zivilisten aus der Stadt Popasnaja befreit**

Bei den Kämpfen um die Stadt Popasnaja im Norden der Lugansker Volksrepublik (LVR) sind 40 festgehaltene Zivilisten von den verbündeten Kräften gerettet worden, teilt die Lugansker Volksmiliz in einem [Videobericht](#) mit.

"Als Ergebnis erfolgreicher Kampfhandlungen der verbündeten Einheiten gelang es ihnen, eines der Gebäude freizugeben, in dem ukrainische Nazis Zivilisten gefangen hielten", so der Pressedienst der Volksmiliz.

Der LVR-Kämpfer gibt in dem Video an, dass Einwohner über mehrere Wochen als Geiseln und lebende Schutzschilde gehalten worden sind, wobei die jüngeren gezwungen worden seien, an den Kampfhandlungen teilzunehmen.

#### **Vermisste Soldaten**

Auf den Straßen des fast komplett zerstörten Ortes liegen viele getötete ukrainische Soldaten, wie im Videobericht zu sehen ist. Wie ein weiterer LVR-Kämpfer mitteilt, geht ihre Zahl in den umliegenden Feldern in die Hunderte, wobei sie von der ukrainischen Seite nicht abgeholt werden.

"In der Ukraine werden sie als vermisst gemeldet, um die Auszahlungen im Todesfall zu vermeiden", vermutete er.

Er sagte, dass die Toten von den Volksmilizionären eingesammelt und begraben werden. Das werde ihre spätere Identifizierung erschweren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626eec4d48fbef4d5d6c91f9.jpg>

**vormittags:**

**8:00 de.rt.com: DVR meldet Beschuss zweier Bezirke von Donezk durch ukrainisches Militär**

Das ukrainische Militär soll in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai zwei Stadtteile von Donezk beschossen haben. Dies teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk bei dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes mit. Wörtlich hieß es:

"Es wurde Beschuss durch die ukrainischen Kräfte in folgenden Richtungen verzeichnet:  
23:54 Uhr – Dorf Wodjanoe – Donezk (Bezirk Kuibyschew), vier 122-mm-Granaten abgefeuert. 00:07 Uhr – Dorf Krasnogorowka – Donezk (Bezirk Kirowski), vier BM21-Grad-Raketen abgefeuert."

Angaben über mögliche Opfer gab es zunächst nicht. Seit Beginn der Eskalation am 17. Februar sollen 81 Zivilisten, darunter ein Kind, durch Beschuss der ukrainischen Streitkräfte in der DVR getötet worden sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626f6d7fb480cc160e1bb357.jpg>

**9:25 (8:25) rusvesna.su: Auf das Munitionsdepot der Streitkräfte der Ukraine in der Region Dnepropetrowsk wurde ein Raketenangriff ausgeführt**

In der Region Dnepropetrowsk [zerstörte](#) eine hochpräzise Waffe ein Lager mit Raketen- und

Artilleriewaffen.

Der Leiter der Regionalverwaltung von Dnepropetrowsk, Valentin Resnitschenko, beeilte sich zu erklären, dass die Rakete angeblich ein Getreidesilo getroffen und ein Getreidelager zerstört habe.

Nach dem vorherigen Treffer auf diesem landwirtschaftlichen Komplex waren jedoch überall Artilleriegeschosse verstreut.

"Russkaja Wesna" dokumentiert regelmäßig, wie die Streitkräfte der Ukraine die ehemaligen Getreidespeicher nutzen und wie es endet.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/oHbQEobylaESZ\\_M\\_fSEztq5h\\_xRj0KWrYLMqgCCYgd8XhSjdIbk4keD0oBdyYvn0Sp1rGYYr08zwdTpLQ5PDEEfbvcY2iW5AMSPH-Lz3vwez\\_dQ-bS1Xnd0-EZeSny0SPHxFiOIIEx-C\\_WN9u0d6qgfUEkkYq\\_7RGEvR0\\_IQ69X6Spqfj5magcFhcwKBThzw3fmygDJujbAP0xFh7CtYEFmTWFKdGq-mgi8eIWnc-PoJhjiifOVR5hAciQR0IOkCTh8qWgym8Yvuhh3j0H9d4J74TyCHs\\_gNYRNaZa2mXHizGNoFcym01wvHY47JmKWB\\_FytXzHHapVtXl2LTjU8tw](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/oHbQEobylaESZ_M_fSEztq5h_xRj0KWrYLMqgCCYgd8XhSjdIbk4keD0oBdyYvn0Sp1rGYYr08zwdTpLQ5PDEEfbvcY2iW5AMSPH-Lz3vwez_dQ-bS1Xnd0-EZeSny0SPHxFiOIIEx-C_WN9u0d6qgfUEkkYq_7RGEvR0_IQ69X6Spqfj5magcFhcwKBThzw3fmygDJujbAP0xFh7CtYEFmTWFKdGq-mgi8eIWnc-PoJhjiifOVR5hAciQR0IOkCTh8qWgym8Yvuhh3j0H9d4J74TyCHs_gNYRNaZa2mXHizGNoFcym01wvHY47JmKWB_FytXzHHapVtXl2LTjU8tw)

### 8:30 de.rt.com: **Strack-Zimmermann fordert mehr Tempo bei Panzerlieferungen**

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), rechnet bei der vereinbarten Lieferung von Flugabwehrpanzern vom Typ Gepard an die Ukraine mit zügigen Fortschritten. "Die politische Entscheidung ist jetzt da", sagte die FDP-Politikerin der dpa. Die Ausfuhr der Waffen müsse demnach nun im Wirtschaftsministerium gezeichnet werden:

"Dann bedarf es aber eines Vertrages zwischen der Ukraine und der Industrie, auch wenn wir das bezahlen. Es ist nun der Job der Industrie, die Panzer schnellstens fahrtüchtig zu machen, zu liefern und dafür zu sorgen, dass entsprechend Munition dazu kommt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626f717848fbef4d5d6c9205.jpg>

### 8:54 de.rt.com: **Lawrow: NATO und EU haben akzeptiert, dass "ihr Hausherr in Washington sitzt"**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat in einem Interview das oft in den westlichen Medien kolportierte Ende des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine am 9. Mai kommentiert. Zudem sprach er über die Ausbildung "neonazistischer Unterabteilungen" seitens westlicher Länder.

Moskau werde sich für seine Militäroperation in der Ukraine keinen künstlichen Zeitrahmen setzen, um diese bis zum Jahrestag des Sieges über Nazideutschland am 9. Mai zu beenden, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit dem italienischen Fernsehsender Mediaset. Lawrow erklärte:

"Unsere Truppen werden ihre Handlungen nicht künstlich an irgendeinem bestimmten Datum festmachen, auch nicht am Tag des Sieges."

"Wir werden den 9. Mai feierlich begehen, so wie wir es immer tun", fügte der russische Außenminister hinzu. Ihm zufolge hängt das Tempo der russischen Militäroperation in der Ukraine in erster Linie "von der Notwendigkeit ab, die Risiken für die Zivilbevölkerung und für die russischen Truppen zu minimieren".

In dem Interview mit dem italienischen Fernsehsender, das auch von der russischen Nachrichtenagentur TASS [verbreitet](#) wurde, wies Lawrow zudem darauf hin, dass die Militäroperation vor allem darauf abziele, die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und sicherzustellen, dass von der Ukraine aus keine Bedrohung für die Zivilisten und Russland ausgehe, "die mit Angriffswaffen und der Verbreitung von nazistischem Gedankengut zusammenhängt, das der Westen zu verharmlosen versucht". Die USA und Kanada nannte Lawrow als jene westlichen Länder, die für die Ausbildung "neonazistischer Unterabteilungen" verantwortlich seien, die ihren Weg in die Reihen der ukrainischen Armee gefunden hätten. Aktuell gebe es Publikationen, "die bestätigen, dass Amerikaner und vor allem Kanadier eine führende Rolle dabei gespielt haben, ultraradikale, offen neonazistische Unterabteilungen für die Ukraine vorzubereiten".

Lawrow führte in dem Interview zudem an, dass sich seiner Meinung nach die NATO sowie die Europäische Union (EU) damit abgefunden hätten, dass Washington das Sagen habe. Er sei überzeugt, dass alle Länder der Meinung seien, dass man ausschließlich auf die USA hören solle. Lawrow ergänzte:

"Und sowohl die NATO als auch die Europäische Union haben sich damit abgefunden, dass ihr 'Hausherr' in Washington sitzt."

"Und in Washington haben sie beschlossen, dass die Welt nun monopolar sein muss, davon reden sie ständig", fügte Lawrow hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626f790e48fbef4b5a728ea9.jpg>

9:59 (8:59) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **In der Nacht gab es in der Region Belgorod zwei starke Explosionen**

Der Gouverneur der Region Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow berichtete auf seinem Telegram-Kanal, dass in der Nacht zum 2. Mai in der Region zwei mächtige Explosionen zu hören waren.

Seine Nachricht erschien um 2:42 Uhr Moskauer Zeit im Internet, [teilt](#) RIA Novosti mit.

„Vor 30 Minuten bin ich von zwei starken Explosionen aufgewacht“, schrieb Gladkow.

Er stellte auch klar, dass es nach Angaben der Einsatzleitung keine Opfer infolge der Explosionen gegeben habe und auch Schäden und Zerstörungen von Gebäuden und Bauwerken nicht erfasst worden seien.

Gladkow fügte hinzu, dass in sozialen Netzwerken ein Video aufgetaucht sei, in denen Blitze am Himmel aufgezeichnet seien.

Insbesondere der Telegram-Kanal Shest Belgorod hat eine Auswahl von Videos [veröffentlicht](#), die von Abonnenten gesendet wurden.



[https://www.novorosinform.org/content/images/38/33/43833\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/38/33/43833_720x405.jpg)

9:00 [de.rt.com](https://de.rt.com): **Selenskij befürwortet Asow-Bataillon und sieht kaum Ausbrüche von Radikalismus im Land**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat dem griechischen Fernsehsender ERT erklärt, er sei dem Nazi-Bataillon Asow und anderen "Freiwilligen", um wen es sich auch immer bei ihnen handele, dankbar. Weiter hieß es in Bezug auf Asow:

"Heute sind sie Teil der Streitkräfte, und alle gehören zur offiziellen Armee unseres Staates." Laut Selenskij wird Mariupol von Berufssoldaten "verteidigt", nicht nur vom Asow-Bataillon. Der ukrainische Präsident ist außerdem davon überzeugt, dass es in der Ukraine "kaum"

Aufrufe zum Radikalismus gebe:

"Und wenn es Aufrufe zum Radikalismus gibt, dann gibt es in unserem Land im Vergleich zu anderen Ländern der Welt viel weniger davon. Ich glaube, wir haben fast keine. Trotz der Tatsache, dass wir Krieg haben und diese verständlich sein würden."

Selenskij versicherte, dass radikale Aufrufe umgehend blockiert würden, sollten sie tatsächlich erfolgen. Es gebe in der Ukraine ein sehr ernstes Herangehen an dieses Thema, so Selenskij.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626f7680b480cc1dc25b9f0f.jpg>

### **wpered.su: In Donezk wurde der Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen begangen**

Am 1. Mai, am Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen, legten Kommunisten der Donezker Volksrepublik unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der KP der DVR Boris Litwinow und Vertreter des Volkspatriotischen Union der DVR in Donezk auf dem Lenin-Platz Blumen am Denkmal für W.I. Lenin nieder. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/05/Donck-5-1024x768.jpg>

### **Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 2.5.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 168 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern**

### **abgefeuert.**

Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 3 Zivilisten, 7 wurden verletzt**. 79 Wohnhäuser, 11 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, 2 Feuerpositionen von 120mm-Mörsern und eine von Abwehrgeschützen SU-23-2, 2 Schützenpanzer und einen Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Panzer, 2 Schützenpanzerwagen und ein Panzerfahrzeug wurden erbeutet.

10:00 de.rt.com: **Behörden melden zwei Explosionen nahe der russischen Stadt Belgorod**

Die russische Stadt Belgorod unweit der Grenze zur Ukraine ist in der Nacht zum Montag von zwei schweren Explosionen erschüttert worden. Dies meldet die russische Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf den Gouverneur der Region, Wjatscheslaw Gladkow. Es gebe zunächst keine Berichte über Schäden oder Opfer, schrieb Gladkow auf seinem Telegram-Kanal:

"Ich bin vor einer halben Stunde durch zwei starke Explosionen aufgewacht. Nach Angaben des Krisenzentrums gab es keine Berichte über Verletzte oder Schäden. In den sozialen Medien sind Bilder aufgetaucht, auf denen Blitze am Himmel zu sehen sind."

Einzelheiten des Vorfalls würden im Laufe des Montags bekannt gegeben, erklärte der Gouverneur. Auf [Twitter](#) wurden inzwischen Videoaufnahmen und Berichte über ukrainische Drohnen über Belgorod und den Einsatz der regionalen Flugabwehr verbreitet.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 02.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

26 Mann;

5 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge;

8 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und haben so ihr Leben befahrt.

Der Befreiungsmarsch der Volksmiliz geht weiter, gestern haben Einheiten der Volksmiliz die **Kräfte des Gegners in den nordwestlichen Teil von Popasnaja zurückgedrängt.**

Während der Säuberung der befreiten Bezirke haben die Einheiten einen **Keller entdeckt, in dem die nationalistischen Formationen der Ukraine 20 Zivilisten als Geiseln gehalten haben.** Die jungen Leute waren mit Drohungen, Verwandte und Freunde zu ermorden, eingeschüchtert worden und gezwungen worden, Waffen in die Hand zu nehmen und in den Kampf gegen die Einheiten der Volksmiliz zu gehen, um Zeit für den Abzug der Nationalisten zu gewinnen. Alle geretteten Zivilisten wurden aus der Kampfzone evakuiert und erhielten medizinische Behandlung.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an bedürftige Einwohner der befreiten Territorien.

So hat die Volksmiliz der LVR gestern gemeinsam mit der gesellschaftlichen Bewegung

„Gesamtrussische Volksfront“ humanitäre Hilfe nach Rubeshnoje geliefert, darunter waren Lebensmittelpakete, Kindernahrung, Wasser, medizinische Binden, Generatoren, was den Einwohnern hilft mit der humanitären Katastrophe in der Stadt fertig zu werden.

#### 11:00 de.rt.com: **Neuseeland verhängt weitere Sanktionen gegen Russland**

Neuseeland hat wegen des Krieges in der Ukraine weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Von den neuen Strafmaßnahmen sind nach Angaben der neuseeländischen Behörden 170 Abgeordnete des russischen Parlaments, der Föderationsrat und sechs im Verteidigungsbereich tätige Unternehmen und Organisationen betroffen. Außenministerin Nanaia Mahuta sagte in Wellington, ihr Land werde die Beteiligten an der "Kriegsmaschinerie" von Präsident Wladimir Putin bezahlen lassen:

"Wir sind entschlossen, Präsident Putin und seinen Kader von Kriegstreibern zur Rechenschaft zu ziehen."

Der Pazifikstaat hatte in der Vergangenheit bereits Sanktionen gegen die größten russischen Banken, Putin selbst sowie Mitglieder seiner Regierung und Oligarchen verhängt. Auch hohe Einfuhrzölle auf russische Importe wurden erhoben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626f872648fbef4b5a728eb9.jpg>

#### 11:30 de.rt.com: **Ungarn lehnt europäisches Energie-Embargo gegen Russland weiter ab**

Entgegen der Europäischen Union hält Ungarn an seinem Widerstand gegen einen Stopp russischer Öl- und Gasimporte weiter fest. "Die ungarische Haltung hinsichtlich eines Öl- und Gasembargos hat sich nicht geändert: Wir unterstützen dies nicht", heißt es von einem Sprecher der Regierung in Budapest in einer E-Mail auf eine Anfrage der Nachrichtenagentur Reuters.

Die für Energie zuständigen Minister der Europäischen Union beraten heute bei einem Sondertreffen unter anderem über ein mögliches Energie-Embargo gegen Russland.

Deutschland will sich nach Angaben von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) nun doch dafür aussprechen, auf russische Öl- und Gasimporte zu verzichten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626f8bf0b480cc3bfc133fa9.jpg>

### 11:57 de.rt.com: **Lawrow vergleicht Selenskij mit Hitler: Israel bestellt russischen Botschafter ein**

Der russische Außenminister hat den ukrainischen Präsidenten Selenskij in einem Interview mit Hitler verglichen. "Ich glaube, dass auch Hitler jüdisches Blut hatte", sagte Lawrow. Nun bestellte das israelische Außenministerium den russischen Botschafter ein.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat am Wochenende gegenüber einem italienischen Fernsehsender einen Vergleich zwischen Wladimir Selenskij und Adolf Hitler gezogen, wie Haaretz berichtet. Lawrow sagte: "Die Tatsache, dass Selenskij jüdisch ist, leugnet die Nazi-Elemente in seinem Land nicht."

"Ich glaube, dass auch Hitler jüdisches Blut hatte. Einige der schlimmsten Antisemiten waren Juden."

Lawrow stellte fest, dass Selenskij den Frieden zwischen Russland und der Ukraine dann fördern könnte, wenn er aufhöre, seinen Nazi-Soldaten "kriminelle" Anweisungen zu geben. Am Montag bestellte das israelische Außenministerium den russischen Botschafter Anatoli Wiktorow ein. Israels Außenminister Jair Lapid kritisierte den russischen Außenminister für dessen Hitler-Vergleich. Lapid bezeichnete die Äußerungen Lawrows als "unverzeihlich, empörend und einen historischen Fehler" und erklärte, Israel erwarte eine Entschuldigung und die Vorladung des russischen Botschafters. "Zu sagen, dass Hitler ein Jude war, ist wie zu sagen, die Juden hätten sich gegenseitig umgebracht", fügte Lapid hinzu.

Der russische Außenminister beschuldigte die USA und Kanada, "Neonazi-Unterabteilungen" auszubilden, die sich nun in den Reihen der ukrainischen Armee befänden, und bezog sich dabei auf diejenigen Söldner, die sich gerade im Asow-Stahlwerk in der ukrainischen Stadt Mariupol aufhalten. Es gebe Veröffentlichungen, "die bestätigen, dass US-Amerikaner und insbesondere Kanadier eine führende Rolle bei der Vorbereitung ultraradikaler, offen neonazistischer Unterabteilungen für die Ukraine gespielt haben", sagte Lawrow.

In dem Interview erklärte Lawrow auch, die NATO und die EU hätten "sich mit Washingtons Vorherrschaft abgefunden" und Washington habe nun entschieden, die monopolare Welt unter der US-Hegemonie aufrechtzuerhalten.

Die Ukraine hat bereits eine Fremdenlegion und eine Spezialeinheit für ausländische Freiwillige gebildet. Mehr als 20.000 Freiwillige sollen sich als Kämpfer in dem Krisenland gemeldet haben.

Das Asow-Regiment, das derzeit gegen die russische Armee Widerstand leistet, wurde 2014 von einem israelischen Staatsbürger gefördert. Im Kampf gegen die nach dem Maidan-Putsch abtrünnigen Regionen im Osten des Landes bezahlte seinerzeit der wichtigste Wahlhelfer des amtierenden Präsidenten Selenskij, der Oligarch Igor Kolomoiskij, den Aufbau der

Freiwilligenbataillone "Dnipro" und "Asow". Kolomoiskij gehört seit 2006 zu den reichsten Ukrainern, und er ist wie Selenskij ein Jude. Kolomoiskij besitzt neben der ukrainischen die israelische und die zypriotische Staatsbürgerschaft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626f90b448fbef5065686b25.jpg>

**nachmittags:**

12:00 de.rt.com: **Ungarischer Premierminister auf Liste der "Feinde der Ukraine" gesetzt**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán ist auf der ukrainischen Webseite Mirotworez als einer der "Feinde" der Ukraine aufgeführt worden. Das Portal bezeichnet sich selbst als Online-Vertretung des Zentrums für die Ermittlung von Verbrechen gegen die Grundlagen der nationalen Sicherheit der Ukraine.

Der Grund, warum der Politiker auf die Liste gesetzt wurde, sei seine Weigerung, Militärlieferungen für Kiew über Ungarn laufen zu lassen. Die Macher der Datenbank nannten Orbán einen "anti-ukrainischen Propagandisten" und "Komplizen russischer Verbrechen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626f919748fbef44102945f9.jpg>

12:30 de.rt.com: **Berichte: Finnland will am 12. Mai NATO-Beitritt beantragen**

Finnland wird einem Zeitungsbericht zufolge am 12. Mai formell beschließen, die NATO-Mitgliedschaft des an Russland grenzenden Landes zu beantragen. Wie die finnische Zeitung Iltalehti unter Berufung auf Regierungskreise berichtet, wolle Präsident Sauli Niinistö an dem Tag zunächst erklären, dass er einen Beitritt befürworte.

Das finnische Parlament müsse demnach anschließend einem Antrag zur Aufnahme in das

Militärbündnis zustimmen. Sollten sich die Abgeordneten an dem Tag für einen Beitritt in westliche Militärbündnis entschließen, werde die Entscheidung dann noch auf einem Treffen des Präsidenten und der entscheidenden Minister bestätigt.

Der Krieg in der Ukraine hat in dem nordischen Land zu einem Umdenken geführt. In der Bevölkerung spricht sich neuesten Umfragen zufolge mittlerweile mehr als die Hälfte für eine NATO-Mitgliedschaft aus. Der Generalsekretär des Bündnisses, Jens Stoltenberg, hatte Finnland und Schweden zuvor ein schnelles Aufnahmeverfahren in Aussicht gestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626f956948fbef4b5a728eca.jpg>

#### 13:43 (12:43) rusvesna.su: **Das Verteidigungsministerium berichtete über die Einzelheiten der Operation in Mariupol**

Das russische Verteidigungsministerium berichtete, dass infolge einer auf Initiative von Präsident Wladimir Putin durchgeführten Operation zur Rettung von Zivilisten, die von ukrainischen Nazis im Asowstal-Werk in Mariupol festgehalten wurden.

Am ersten Tag, dem 30. April mehrere Menschen verließen das Unternehmen.

Alle 46 Personen haben sich freiwillig entschieden, in der Volksrepublik Donezk zu bleiben.

Am zweiten Tag der Operation, dem 1. Mai, wurden [weitere 80](#) von den ukrainischen Nazis festgehaltene Zivilisten aus dem Gebiet des Werks gerettet, die Unterkunft, Verpflegung und die notwendige medizinischen Versorgung erhielten.

11 freigelassene Bürger haben sich freiwillig entschieden, in der Volksrepublik Donezk zu bleiben. 69 Zivilisten beschlossen, in das vom Kiewer Regime kontrollierte Gebiet aufzubrechen. Sie wurden Vertretern der UNO und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz übergeben und brachen inzwischen als Teil eines Konvois in Richtung der Stadt Saporoschje auf.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation gewährleisteten die Sicherheit des humanitären Konvois mit Zivilisten, die aus dem Gebiet des Asowstal-Werks in das vom Kiewer Regime kontrollierte Gebiet evakuiert wurden.

#### 12:54 de.rt.com: **US-Kongressabgeordneter will US-Truppen in die Ukraine bringen**

Der republikanische Kongressabgeordnete Adam Kinzinger will eine Resolution zur Genehmigung des Einsatzes militärischer Gewalt einbringen, die – falls sie verabschiedet werden sollte – US-Präsident Joe Biden ermächtigen würde, US-Truppen in der Ukraine einzusetzen.

Der republikanische Abgeordnete Adam Kinzinger aus dem US-Bundesstaat Illinois kündigte am Sonntag an, eine Resolution einbringen zu wollen, die den Einsatz militärischer Gewalt autorisieren soll, falls Russland "chemische, biologische und/oder nukleare Waffen" in der Ukraine einsetzen sollte.

Kinzinger hat sich immer wieder für eine Beteiligung der USA an dem Konflikt eingesetzt und in der Vergangenheit Maßnahmen unterstützt, die nach Ansicht von Kritikern und US-Präsident Joe Biden zu einem "Dritten Weltkrieg" führen könnten.

Die von Kinzinger angestrebte [Resolution](#) würde den US-Präsidenten ermächtigen, das US-amerikanische Militär als Reaktion auf einen eventuellen russischen Einsatz von chemischen, biologischen oder nuklearen Waffen auf ukrainischem Boden einzusetzen, um "bei der Verteidigung und Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine zu helfen". Die Resolution würde dem US-Präsidenten die alleinige Befugnis geben, festzustellen, ob eine solche Aggression durch Russland tatsächlich stattgefunden habe, ohne dass eine internationale Untersuchung erforderlich wäre. Dementsprechend könnte sie den ukrainischen Streitkräften einen Anreiz bieten, einen solchen Angriff zu inszenieren, in der Hoffnung, die USA in den Konflikt hineinzuziehen, wie es bereits Moskau Kiew [vorgeworfen](#) hatte zu planen.

Als Genehmigung zum Einsatz militärischer Gewalt (auf Englisch: Authorization for the Use of Military Force, AUMF) würde die Resolution wie jene nach dem 11. September funktionieren, die seit 2001 jedes Jahr erneuert wurde. Diese Genehmigung hat den US-Präsidenten die rechtliche Handhabe gegeben, seit dem 11. September 2001 mehr als ein Dutzend Länder ohne eine offizielle Kriegserklärung anzugreifen, darunter Afghanistan, Irak, Syrien, Somalia und Jemen.

In einer Erklärung aus dem Büro von Kinzinger heißt es:

"Wie der Präsident der Vereinigten Staaten gesagt hat, muss Putin gestoppt werden.

Dementsprechend sollte der Oberbefehlshaber des größten Militärs der Welt die Autorität und die Mittel haben, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dies zu tun."

Kinzinger, ein Republikaner, der in den meisten Themen auf der Seite der Demokraten steht, hat bereits öffentlich eine Beteiligung der USA an dem Konflikt gefordert. Bereits einen Tag nach dem Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine Ende Februar hatte Kinzinger [gefordert](#), dass die NATO eine "Flugverbotszone" über dem Land durchsetzen solle. Damit würde sich das von den USA geführte Militärbündnis verpflichten, russische Flugzeuge abzuschießen und russische Luftabwehrsysteme zu attackieren.

Auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte einen solchen Schritt verlangt. US-Präsident Biden lehnte diesen jedoch mit der Begründung ab, dies würde einen "Dritten Weltkrieg" mit Russland auslösen. Kinzinger hatte die Regierung Biden auch dazu gedrängt, von Polen bereitgestellte Kampffjets in die Ukraine zu schicken, was die US-Regierung ebenfalls abgelehnt hatte. Unter Verweis auf Risiken, die mit einer solchen Lieferung von Kampfflugzeugen durch US-Piloten in ein aktives Konfliktgebiet verbunden wären, erklärte Biden erneut, er wolle einen "Dritten Weltkrieg" vermeiden.

Derzeit ist unklar, ob und wann Kinzingers Resolution zur Abstimmung gebracht werden wird. Biden selbst hatte mehrmals gesagt, dass die USA auf jeden Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch russische Streitkräfte in der Ukraine "reagieren" würden. Zugleich hat er es aber vermieden, verbindliche "rote Linien" zu ziehen. Stattdessen liefern die USA weiterhin Waffen an die Ukraine und bilden derzeit ukrainische Soldaten in Deutschland an einigen dieser Waffensysteme aus.

Russland hat am 24. Februar Truppen in die Ukraine entsandt, nachdem Kiew die erstmals 2014 unterzeichneten Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt und Moskau schließlich die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk anerkannt hatte. Das von Deutschland und Frankreich vermittelte Minsker Abkommen sollte den abtrünnigen Regionen einen Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates verleihen. Der Kreml hat seitdem gefordert, dass die Ukraine sich offiziell zu einem neutralen Staat erklärt, der niemals der NATO beitreten wird. Kiew beharrt darauf, dass der russische Einmarsch in die Ukraine völlig unprovokiert gewesen sei, und wies zudem Behauptungen zurück, es habe geplant, die beiden Republiken mit Gewalt zurückzuerobern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626f9d9448fbef5065686b34.jpg>

13:00 de.rt.com: **Getötete Einwohner von Rubeschnoje in Massengräbern ohne Säрге begraben**

Die Opfer des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte in der Stadt Rubeschnoje in der Volksrepublik Lugansk werden aufgrund der großen Anzahl in 150 Meter langen Gräbern verscharrt, wie Dmitri Simenkin, ein Korrespondent der russischen Nachrichtenagentur Iswestija, berichtete:

"Auf dem Friedhof von Rubeschnoje werden Gräber ausgehoben, die jeweils 150 Meter lang sind – hier ist das eine, hier das andere. Und es gibt so viele Opfer dieses Beschusses, dass auch noch ein drittes ausgehoben werden muss. Aber die Einheimischen hoffen, dass es das letzte sein wird."

Nach Angaben eines Militärangehörigen, der an der Aushebung solcher Massengräber beteiligt war, soll an dieser Stelle ein gemeinsames Denkmal für die Toten errichtet werden: "Es wird eine gemeinsame Gedenkstätte für die Toten geben. Es gibt eine große Anzahl von Toten. Wie viele Menschen begraben werden, kann ich noch nicht sagen. Wir begraben Menschen. Es gibt derzeit keinen anderen Ausweg mehr. Die Toten müssen begraben werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626fa391b480cc160e1bb398.jpg>

14:15 de.rt.com: **Russische luftgestützte Raketen treffen 38 Ziele der ukrainischen Truppen**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sollen an einem Tag 38 ukrainische Militäreinrichtungen von luftgestützten Raketen getroffen worden sein. Darunter

Waffendepots in den Gebieten Perwomaiskoje und Iljitschowka.

Die russischen Raketentruppen hätten neun ukrainische Stützpunkte sowie Gebiete unter Beschuss genommen, in denen sich militärisches Personal und Ausrüstung befanden. Eine BM-21 Grad-Batterie sei ebenfalls zerstört worden.

Die Luftverteidigungskräfte sollen zehn ukrainische Drohnen vom Himmel geholt haben, zwei Totschka-U-Raketen sollen in der Nähe von Petrowskoje in der LVR abgefangen worden sein. Zudem habe man eine ukrainische Mig-29 in der Nähe von Slawjansk abgeschossen. Artillerieeinheiten sollen außerdem sechs Munitionsdepots zerstört und bis zu 280 ukrainische Soldaten getötet haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626fb90748fbef4410294630.jpg>

14:45 de.rt.com: **Ukraine schließt Häfen, die von Russland erobert wurden**

Die ukrainischen Behörden haben nach Angaben der Regierung in Kiew vier von Russland eroberte Häfen am Asowschen und am Schwarzen Meer geschlossen. Dabei handele es sich um die Häfen in Mariupol, Berdjansk, Skadowsk und Cherson. Wie das Landwirtschaftsministerium am Montag mitteilte, gelte die Maßnahme so lange, bis die Kontrolle über die Häfen wiederhergestellt werden könne.

Der Schritt sei aus ukrainischer Sicht notwendig, da derzeit keine angemessenen Sicherheitsvorkehrungen für die Abfertigung von Passagier- oder Frachtschiffen gewährleistet werden könnten. Zuvor hatten bereits andere ukrainische Häfen ihren Betrieb wegen des Krieges einstellen müssen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626fbbd948fbef4db478f5d3.jpg>

15:05 de.rt.com: **Maghreb-Europa-Pipeline: Algerien droht Spanien, Gashahn**

## **zuzudrehen**

Nachdem die spanische Regierung angekündigt hatte, die Maghreb-Europa-Pipeline von der spanischen Seite aus wieder zu öffnen, drohte Algerien damit, seine Gaslieferungen an Spanien komplett einzustellen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Algerien und Marokko wird die Pipeline seit Oktober nicht mehr betrieben.

Algeriens staatlicher Energieriese Sonatrach deckte im Jahr 2021 mehr als 40 Prozent der spanischen Erdgasimporte. Der größte Teil davon fließt durch die 750 Kilometer lange Medgaz-Tiefwasserpipeline. Außerdem betrieb Algerien noch bis im vergangenen November die Gaz-Maghreb-Europe-Pipeline (GME) durch Marokko.

Nach einem jüngsten "Hilferuf" Marokkos hatte die spanische Regierung angekündigt, die Maghreb-Europa-Pipeline von der spanischen Seite aus wieder zu öffnen. Um die Erdgasknappheit zu lindern, ist Spanien dabei, den Teil der Leitung unter der Straße von Gibraltar nach Marokko wieder in Betrieb zu nehmen: Marokko werde dadurch in die Lage versetzt, verflüssigtes LNG-Gas auf den internationalen Märkten zu kaufen, es in einer Regasifizierungsanlage auf dem spanischen Festland zu entladen und es über die Pipeline in sein Hoheitsgebiet zu bringen, berichtet die FAZ unter Berufung auf die spanische Regierung. Nach dieser Meldung drohte Algerien Spanien wegen eines Streits mit dem Nachbarland Marokko mit der Unterbrechung seiner Gaslieferungen an Spanien.

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Algerien und Marokko wird die Erdgaspipeline "Maghreb-Europa", die von Algerien über Marokko nach Spanien führt, seit Oktober 2021 nicht mehr betrieben.

Den Betrieb dieser Pipeline stellte Algerien seinerzeit ein, um Marokko von der Versorgung abzuschneiden. Zwischen Algier und Rabat herrschen längst Spannungen, die auf den Westsahara-Konflikt zurückgehen. Die spanische Regierung gab kürzlich ihre Neutralität im Westsahara-Konflikt auf und erkannte faktisch die marokkanische Souveränität über die Westsahara an.

Marokko beansprucht die Westsahara als Teil seines Staatsgebietes. Demgegenüber strebt die Polisario-Front die Unabhängigkeit der Region an. Die westsaharische Befreiungsbewegung wird ihrerseits von Algerien unterstützt. Algerien forderte Spanien nun auf, im Streit um die Westsahara wieder eine neutrale Position einzunehmen. Der algerische Präsident Abdelmadjid Tebboune bekräftigte zugleich jedoch, dass sein Land ein verlässlicher Lieferant sei.

Die neuen Eskalationen im Westsahara-Konflikt erfolgten ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da der Ukraine-Krieg ausbrach und der Westen dabei ist, massive Sanktionen gegen russische Energieimporte zu verhängen. Algerien kooperiert bei der Erschließung seiner Rohstoffe eng mit Russland. Der staatliche Energiekonzern Sonatrach arbeitet mit der russischen Gazprom zusammen, um die Förderung zu erhöhen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626fae64b480cc7dd1587598.jpg>

15:15 de.rt.com: **Lindner will "Vollzugsdefizite" bei Sanktionen gegen Russland beheben**

Bundesfinanzminister Christian Lindner will sicherstellen, dass den deutschen Finanzbehörden beim Vollzug von Vermögenswerten russischer Firmen und Oligarchen zukünftig kein noch so kleiner Wertbetrag mehr entgeht. Dazu werde er in relativ kurzer Zeit einen Vorschlag machen, kündigte Lindner am Montag in Berlin an.

Das Aufspüren von Vermögensgegenständen müsse besser werden, um Sanktionen effektiv durchsetzen zu können und "Vollzugsdefizite" zu vermeiden. Hierzu gebe es gesetzgeberische Notwendigkeiten, so Lindner. Als Beispiel nannte der Finanzminister die Rolle der Anti-Geldwäsche-Einheit FIU. Demnach sehe sein Plan künftig eine systematische Zusammenarbeit staatlicher Stellen vor.

Hintergrund für Lindners Vorstoß ist, dass die Vermögen der russischen Oligarchen in Deutschland häufig über riesige Netzwerke aus Briefkastenfirmen verteilt und die wahren Eigentümer somit kaum auszumachen sind. Eine Vollstreckung nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz ist somit nicht möglich. Eine neue Task-Force nach dem Vorbild der Financial Intelligence Unit (FIU) würde dann zukünftig die Geldflüsse analysieren, um den eigentlichen Besitzer des sanktionierten Vermögenswertes auszumachen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/626fd24db480cc03ce754a25.jpg>

#### 16:30 de.rt.com: **Innenministerin Faeser rät Bürgern zu Notvorräten**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser rät den Bürgern angesichts des Krieges in der Ukraine, Notvorräte anzulegen. Für den Fall eines längeren Stromausfalls oder anderen Einschränkungen sei dies "auf jeden Fall sinnvoll", so die Ministerin.

Angesichts des Ukraine-Krieges rät Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den Bürgern der Bundesrepublik zur Vorsorge für den Krisenfall. Dem Handelsblatt sagte Faeser am Sonntag:

"Denken Sie zum Beispiel an Cyberattacken auf die kritische Infrastruktur. Wenn tatsächlich mal länger der Strom ausfällt oder das tägliche Leben auf andere Weise eingeschränkt wird, dann ist es auf jeden Fall sinnvoll, einen Notvorrat zu Hause zu haben."

In diesem Kontext verwies sie auch auf eine vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz veröffentlichte Liste zur Notfallvorsorge. Faeser betonte zudem die Bedeutung des Zivilschutzes, dem sie eine "hohe Priorität" einräume. Man müsse hier "auf die Höhe der Zeit kommen, um die vielfältigen Krisen – Pandemien, Klimafolgen, Kriegsgefahren – zu bewältigen". Es müsse geprüft werden, welche Schutzvorkehrungen notwendig seien. Dabei gehe es auch um "Vorräte für Lebensmittel, Medikamente und Sanitätsmaterialien" und nicht nur um technische Fragen. Weiterhin gebe es noch 599 Schutzräume in Deutschland, die aber teilweise anders genutzt würden. Daher sei es sinnvoll, einige davon zu reaktivieren, so

die Ministerin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626fe14c48fbef5065686b9a.jpg>

### 16:45 de.rt.com: "Unzivilisiertes Schweigen" – russisches Außenministerium prangert den Westen am Jahrestag des Odessa-Massakers an

Das russische Außenministerium hat mit einer Erklärung an die Ereignisse im Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014 erinnert. Damals hatte ein nationalistischer Mob mehrere Dutzend Aktivisten des Anti-Maidans im Zuge einer Menschenjagd getötet. "Im Grunde genommen hat Odessa das Schicksal des weißrussischen Chatyn von 1943 wiederholt. 48 Menschen wurden bei lebendigem Leibe verbrannt, durch Kohlenmonoxid vergiftet – oder aber sie starben beim Sturz aus den oberen Stockwerken des Gewerkschaftshauses, das von Nationalisten in Brand gesteckt wurde, um diesem Schicksal irgendwie zu entgehen", heißt es in der Erklärung.

Das Ministerium betonte, dass die ganze Welt die tragischen Ereignisse im Gewerkschaftshaus in Odessa fast live mitverfolgt habe, während der "zivilisierte" Westen unzivilisiert geschwiegen habe.

"Wir werden dieses schreckliche Verbrechen nie vergessen. Wir werden daran arbeiten, alle an dieser Tragödie Beteiligten zu ermitteln und zu bestrafen", so das russische Außenamt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6270017c48fbef4410294685.jpg>

### 17:30 de.rt.com: Telegram-Chatbot für ukrainische Soldaten, die Waffen niederlegen wollen, funktioniert weiter

Die Donezker Volksrepublik hat daran erinnert, dass es einen Telegram-Chatbot für ukrainische Soldaten gibt, die die Waffen niederlegen wollen. Der Bot soll den ukrainischen Soldaten auch dabei helfen, zu der Russische Föderation, der DVR und der LVR

überzulaufen.

Der Telegram-Chatbot benötigt die Kontaktdaten der betreffenden Personen, den ungefähren Zeitpunkt und Ort des Überlaufens bzw. der Kapitulation, sowie Informationen zur Verfügbarkeit von Waffen. Nachdem man die erforderlichen Angaben gemacht hat, wird man kontaktiert und erhält weitere Anweisungen für ein sicheres Prozedere.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626fc675b480cc77df0833c7.jpg>

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 2. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben die Ausrüstung zur Optimierung der Funktion der Basisstationen in eine Basisstation in Mariupol und im „Forest Park“ vorbereitet.

**Spezialisten der Elektrizitätswerke** haben Reparaturen an den Hochspannungsleitungen Asowskaja-Wolodarskaja Nr. 1, Asowskaja – Starokrymskaja Nr. 2 vorgenommen.

Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der DVR haben in den befreiten Ortschaften 489 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten entgegengenommen.

**Ärzte** behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 600 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

**Rettungskräfte** haben auf den befreiten Territorien mehr als 5 Hektar Gelände untersucht, 412 explosive Objekte wurden entdeckt. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 10.324 humanitäre Pakete ausgegeben.

**In Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje und Mangusch hat das Kohle- und Energieministerium der DVR Treibstoffverkaufsstellen organisiert.**

Flüssiggas wurde nach Tschernenko – 24 Flaschen – nach Kropiwnizkoje und Nowoandrewjewka – je 40 Flaschen – geliefert.

Die Reparaturarbeiten und die Inbetriebnahme der Gasanschlüsse für Verbraucher in Wolnowacha gemäß deren Anträge gehen weiter. In Talakowka gehen die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser und 2 Tonnen Brot geliefert und die Verteilung organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirkabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die unten genannten Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

### 17:59 de.rt.com: **Irak: Raketenangriff auf eine Ö Raffinerie in Erbil**

Ein Raketenangriff hat in der Nacht zum Montag eine Ö Raffinerie in der nordirakischen Stadt Erbil ins Visier genommen. Der Beschuss habe einen Brand in einem der Haupttanks verursacht, der später unter Kontrolle gebracht worden sei.

Ein Raketenangriff hat eine Ö Raffinerie in der nordirakischen Stadt Erbil ins Visier genommen, berichtet Al Jazeera am Montag. Nach der Attacke auf der "Kaz-Ö Raffinerie" brach dort nach Angaben irakischer Sicherheitskräfte ein Feuer aus. Die Ö Anlage gehört Berichten zufolge Baz Karim Barzandschi, einem kurdischen Geschäftsmann aus dem Energiesektor.

Der Beschuss habe einen Brand in einem der Haupttanks verursacht, der später unter Kontrolle gebracht worden sei. Eine Rakete sei auch im äußeren Bereich der Raffinerie eingeschlagen, es habe aber keine Toten oder Verletzten gegeben.

Die Anti-Terror-Kräfte der Regionalregierung Kurdistans (KRG) hatten zuvor berichtet, dass sechs Raketen in der Nähe der Kaz-Raffinerie in Erbil eingeschlagen waren, die aus der Stadt Bartella im benachbarten Gouvernement Ninawa abgefeuert worden waren.

Die Sicherheitskräfte erklärten, sie hätten nach dem Angriff eine Abschussrampe und vier Raketen in der Ninive-Ebene gefunden und entschärft. Bereits am 6. April waren drei Raketen in der Nähe der Ö Anlage eingeschlagen, ohne Schaden anzurichten.

Der irakische Premierminister Mustafa Al-Kadhimi sagte, die Streitkräfte seines Landes würden die Angreifer verfolgen, während er den Raketenbeschuss einen "feigen Angriff" nannte. Zu dem Angriff auf Ö Raffinerie bekannte sich bislang keine Gruppe. Es wird aber spekuliert, dass mutmaßlich schiitische Milizen im Irak dahintersteckten.

Im März hatte Iran in einem beispiellosen Angriff mit einem Dutzend ballistischer Raketen die Hauptstadt der autonomen irakischen Kurdenregion Erbil angegriffen. Teheran hatte bei diesem Angriff zwölf Raketen auf eine Villa in der Nähe der US-Einrichtungen in der Stadt abgefeuert. Reuters enthüllte später, dass Gespräche zwischen US-amerikanischen und israelischen Beamten in Erbil über mögliche Erdgaslieferungen aus dem Nordirak an Europa Iran veranlasst hätten, als Abschreckungsmaßnahme einen Angriff in der Autonomen Region Kurdistan durchzuführen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626fda6bb480cc7d501e2421.jpg>

abends:

18:30 de.rt.com: **Moskauer gedenken der Opfer des Odessa-Massakers**

In Moskau hat eine Aktion zum Gedenken an die Opfer des Pogroms im Odessaer Gewerkschaftshaus am 2. Mai 2014 [stattgefunden](#). Rund 2.000 Menschen zogen durch die Straßen der russischen Hauptstadt zur ukrainischen Botschaft. Sie hielten Plakate mit Porträts der Opfer in der Hand. "Odessa, wir erinnern uns", stand auf vielen weiteren Plakaten. Am 2. Mai 2014 waren in Odessa 42 friedliche Demonstranten durch nationalistische Gewalt ums Leben gekommen. Sie hatten vor einem wütenden Mob in dem massiven Bau des Gewerkschaftshauses Schutz gesucht, fanden dort aber den Tod – durch Brandwunden, Erstickung, Knüppel oder Kugelhagel. Das Massaker ist in der Ukraine bislang weder aufgeklärt, noch aufgearbeitet worden. Die Täter und die Verantwortlichen des Verbrechens genießen auch nach acht Jahren die politische Rückendeckung der ukrainischen Regierung.

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 2.5.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mmMörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **2 Zivilisten verletzt**. 7 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 32 ukrainische Nationalisten, 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und einen Schützenpanzer vernichtet. Ein Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

**Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden zwei Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 15 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige

Generationen sein werden.

Am 3. April 2022 entdeckte der leitende Feuerwerferschütze der 1. Gruppe des 1. Feuerwerferzugs einer Feuerwerferkompanie der 5. Brigade, der Soldat Nikita Dmitrijewisch Kulibaba, beim Dienst auf einer befestigten Position in Mariupol eine Scharfschützenstellung des Gegners auf der Route unserer Truppen. Der Soldat N.D. Kulibaba handelte sachkundig und entschlossen und nahm trotz der Gefahr für sein Leben und dem ständigen Feuer von Seiten des Gegners eine günstige Position ein, beschoss den Scharfschützen des Gegners und liquidierte so einen Feuerpunkt der Nationalisten. Dank der Handlungen des Soldaten N.D. Kulibaba gelang es, Verluste unter unseren Truppen zu vermeiden und erfolgreich die Kampfaufgabe auszuführen, wobei der Gegner abgedrängt wurde.

### 18:46 de.rt.com: **Bundestagsgutachten: Ausbildung ukrainischer Soldaten auf deutschem Boden wohl Kriegsbeteiligung**

Die USA bilden bereits ukrainische Streitkräfte in Deutschland aus. Dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag zufolge bedeuten Waffenlieferungen an die Ukraine keinen Kriegseintritt, doch wohl die Ausbildung ukrainischer Soldaten. Der Regierungssprecher sieht das anders.

Seit Wochen wird Berlin vorgeworfen, zu zögerlich bei der Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine zu sein. Am Dienstag hat die Bundesregierung Kiew dann doch noch schwere Waffen wie etwa Gepard-Flugabwehrpanzer zugesichert. Kritiker dieses Schritts verwiesen auf die Gefahr einer möglichen Kriegsbeteiligung Deutschlands. Laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag könne die westliche Unterstützung der Ukraine mit Waffenlieferungen völkerrechtlich nicht als Kriegseintritt gewertet werden. Dies berichtet das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) unter Berufung auf das zwölfseitige Dokument "Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme" heißt das Gutachten, das bereits im März erstellt worden sei. Demnach erlaube es die Charta der Vereinten Nationen, an die sich auch Russland gebunden fühlt, jedem Staat, einen "angegriffenen Staat zu unterstützen, ohne dabei selbst Konfliktpartei werden zu müssen". Dem RND zufolge heißt es konkret in dem Gutachten: "Dabei nimmt der unterstützende Staat eine nicht-neutrale, gleichwohl aber am Konflikt unbeteiligte Rolle ein."

Es handele sich um die Rolle der sogenannten "Nichtkriegsführung", die die "traditionelle Neutralität" inzwischen völkerrechtlich ersetzt habe. Demnach würden die Waffenlieferungen nicht als Kriegseintritt gelten, "unabhängig vom Umfang der Lieferungen" und auch unabhängig von der Frage, ob es sich um "offensive" oder "defensive" Waffen handelt. Doch wie aus dem Papier hervorgehe, könnte dem RND-Bericht zufolge die Unterstützung für Kiew allerdings unter einer Bedingung dennoch anders gewertet werden. So heißt es: "Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen."

Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass das US-Verteidigungsministerium in Deutschland bereits Angehörige ukrainischer Streitkräfte ausbilden lässt. Demnach hätten die USA mit Unterstützung der Bundesregierung mit der zusätzlichen Ausbildung ukrainischer Soldaten in US-Militäreinrichtungen in Deutschland begonnen, erklärte Pentagon-Sprecher John Kirby am vergangenen Freitag.

Welcher Militärstützpunkt genutzt wird, wurde dabei nicht präzisiert. Die Bundesrepublik sei einer von "mehreren Standorten", an denen die USA Ukrainer außerhalb der Ukraine ausbilden.

Wenige Tage zuvor hatte schon Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) auf dem US-Militärstützpunkt Ramstein angekündigt, dass "in Zukunft Soldaten aus der

Ukraine auf deutschem Boden an Artilleriesystemen ausgebildet werden sollen". Auch Kirby erklärte am Freitag, dass derzeit die "anfängliche Artillerieausbildung" stattfindet sowie "eine Ausbildung an Radarsystemen und gepanzerten Fahrzeugen, die kürzlich als Teil der Sicherheitshilfepakete angekündigt wurden".

Den Aussagen des Pentagon-Sprechers zufolge werde der Großteil der Ausbildung von der Nationalgarde Floridas durchgeführt. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hatte laut Kirby im Februar "die vorübergehende Verlegung von etwa 160 Angehörigen" der Nationalgarde angeordnet, "die damals die Gemeinsame Multinationale Ausbildungsgruppe Ukraine unterstützten".

Und während die Bundestagsfraktion der Linke betont, dass die Bundesrepublik mit diesem Schritt riskiere, direkt in den Krieg in der Ukraine hineingezogen zu werden, erklärte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Montag in Berlin, dass die Bundesregierung weiter davon ausgeht, dass Deutschland mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten völkerrechtlich betrachtet nicht zur Kriegspartei wird. Der Bundesregierung sei das Gutachten bekannt, so Hebestreit. Jedem sei klar, dass man sich immer wieder in einer schwierigen Abwägung befinde. Der Regierungssprecher fügte zugleich hinzu:

"Unsere Überzeugung ist, dass auch die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in Deutschland an Waffensystemen weiterhin keinen direkten Kriegseintritt bedeutet."

Žaklin Nastić, Obfrau im Verteidigungsausschuss der Linken, erklärte andererseits gegenüber dem RND, dass die Bundesregierung mit ihrem Handeln "ganz Europa einer völlig unkontrollierbaren Gefahr" aussetze, "die im schlimmsten Fall in einem Atomkrieg enden kann, wie auch Kanzler Scholz noch vor wenigen Tagen gewarnt hat".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/626fb009b480cc7dc66a55d9.jpg>

#### 19:00 de.rt.com: DVR: **Ukrainische Seite bricht Waffenruhe beim Fluchtkorridor am Asow-Stahl-Werk**

In der Nähe des Eisen- und Stahlwerks Asow-Stahl in Mariupol sind Schüsse und Explosionen von Granaten zu hören. Das [berichtet](#) RIA Nowosti. Ein Vertreter des Innenministeriums der Donezker Volksrepublik erklärte gegenüber der Agentur, dass die ukrainische Seite gegen die Waffenruhe verstoßen und damit das Gegenfeuer provoziert habe. In einem Video berichtete der RIA Nowosti-Korrespondent, dass die für die Evakuierung bereitgestellten Busse den Sammelpunkt für Zivilisten wegen des nahen Kampfgeschehens verlassen hätten.

Am 21. April hatte der russische Präsident Wladimir Putin angeordnet, die Erstürmung von Asow-Stahl abubrechen und "das Industriegebiet abzusperren, damit keine Fliege hindurchfliegt." Seitens des russischen Verteidigungsministeriums werden seitdem täglich grüne Korridore für eventuell noch verbliebene Zivilisten vereinbart, in Zusammenarbeit mit der UNO und dem Internationalen Roten Kreuz. Bislang haben 101 Zivilisten die Bombenkeller auf dem Werksgelände verlassen und wurden in Sicherheit gebracht.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/17/1785114731\\_0:59:3204:1861\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_ca1bd88bd2912bc4cf0604383affb523.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/17/1785114731_0:59:3204:1861_1280x0_80_0_0_ca1bd88bd2912bc4cf0604383affb523.jpg)

### 19:30 de.rt.com: **Scholz lobt die ukrainische Armee für "erfolgreiches Agieren"**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Vorwurf der Zögerlichkeit bei der Unterstützung der Ukraine im Abwehrkrieg gegen Russland zurückgewiesen. "Ich habe immer schnell entschieden, zusammen mit allen anderen, mich mit den Verbündeten abgestimmt", sagte er am Montag in der ZDF-Sendung "Was nun?"

"Aber mein Kurs ist schon, dass wir besonnen und mit klarem Verstand handeln."

Die Regierung treffe keine Entscheidung im Stil einer PR-Abteilung – "immer noch was drauf oder niemals etwas".

Scholz betonte, die geleistete finanzielle und militärische Hilfe Deutschlands und anderer Staaten habe dazu beigetragen, "dass die ukrainische Armee, die wirklich sehr erfolgreich agiert, jetzt so lange durchhalten kann gegen einen so übermächtigen Gegner." Man werde die ukrainische Armee dabei weiter unterstützen. (dpa)

### 21:00 de.rt.com: **Die USA haben 80 Prozent der Haubitzen vom Typ M777 an die Ukraine geliefert**

Die USA haben 80 Prozent der ihr zugeteilten Haubitzen an die Ukraine geliefert, meldet RIA Nowosti unter Verweis auf einen Sprecher des US-Verteidigungsministeriums.

"Ich kann bestätigen, dass 80 Prozent der Haubitzen an die Ukrainer geliefert wurden", sagte er und erklärte, dass es sich um 70 der 90 Geschütze handele.

Außerdem erhielt die ukrainische Seite die Hälfte der 140.000 155-Millimeter-Granaten, die für die Haubitzen vorgesehen waren. Darüber hinaus wurden über 170 ukrainische Militärangestellte an der [M777](#) ausgebildet.

"Weitere 50 Ukrainer treffen morgen in den Ausbildungseinrichtungen ein, um noch in dieser Woche mit der Ausbildung zu beginnen", so der Beamte. Ihm zufolge hatten am Vortag 20 ukrainische Militärangestellte eine einwöchige Ausbildung an den Aufklärungsdrohnen Phoenix Ghost begonnen.

Die Ausbildung könnte auch auf deutschem Boden stattfinden. Das ukrainische Militär werde an mehreren Standorten außerhalb der Ukraine trainiert, darunter Deutschland, sagte der Sprecher des US-Verteidigungsministers John Kirby am Samstag. In jenem Moment habe das Training der Soldaten auf deutschem Boden bereits begonnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62703254b480cc53a47f08cd.jpeg>

### 21:30 de.rt.com: **Russisches Rostelekom sorgt seit 1. Mai für Internetverbindung in Cherson**

In Cherson in der Südukraine hat der örtliche Internetanbieter SkyNET auf das russische Netz von Rostelekom umgestellt. Das teilt das NetBlocks-Projekt mit, das Internetverbindungen überwacht.

Bereits am 30. April waren in der Region Cherson das von ukrainischen Anbietern bereitgestellte mobile Internet und die mobile Kommunikation eingestellt worden. Vor dem 26. April hatte das russische Verteidigungsministerium bekannt gegeben, dass Kiew die Kontrolle über die gesamte Region Cherson verloren habe. Am 1. Mai wurde in der Region der russische Rubel als Zweitwährung eingeführt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627035f8b480cc531703935e.jpg>

### 22:00 de.rt.com: **Verteidigungsministerin Lambrecht: Ausbildung an Waffen für Ukraine macht Deutschland nicht zur Kriegspartei**

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat dem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages widersprochen, wonach Deutschland mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten möglicherweise zur Kriegspartei werden könnte. Sie teile diese

Einschätzung nicht, sagte die SPD-Politikerin am Montag nach einem Truppenbesuch auf dem Militärflugplatz Wunstorf bei Hannover.

"Ich gehe davon aus, dass weder diese Ausbildung dazu führt noch die Lieferung von Waffen, sondern wenn wir Soldatinnen und Soldaten entsenden würden in die Ukraine, das wäre ein ganz klares Zeichen. Das werden wir aber auch nicht tun. Das wird nicht geschehen", sagte Lambrecht.

Zuvor hatte bereits ein Sprecher der Bundesregierung erklärt, man sei überzeugt, dass Deutschland mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten völkerrechtlich betrachtet nicht zur Kriegspartei werde.

In einem Gutachten haben die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages angezweifelt, dass die Ausbildung von Soldaten einer Kriegspartei keine Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen darstelle.

"Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei beziehungsweise Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen", heißt es im Dokument.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62703f21b480cc54e2657d35.jpg>  
g